

# LAND TAGS KURIER

Freistaat Sachsen



Seite 3

Debattiert:  
Solarförderung –  
Erfolgreicher Einsatz für  
Sachsens Interessen



Seite 8

Erinnert:  
Die Tagung »20 Jahre  
Freistaat Sachsen«  
im Haus der Kirche



Seite 16

Enthüllt:  
Großbanner »Hier  
bestimmen Sie«  
vor dem Landtag

Ausgabe  
2 | 10



Sächsischer Landtag

## Inhalt

### Plenum

9. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Solarförderung**  
 Erfolgreicher Einsatz für sächsische Interessen ..... 3

9. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Hintergrundinformationen zur Fotovoltaik in Sachsen** ..... 5

10. Sitzung des Sächsischen Landtags  
**Wem gehört der Freistaat?**  
 Aktuelle Debatte zu 20 Jahren CDU-Regierung in Sachsen ..... 6

### Aktuelles

**Die Tagung »20 Jahre Freistaat Sachsen«** ..... 8

»Hier bestimmen Sie.«  
 Großbanner vor dem Landtag erinnert an  
 Errungenschaften der Friedlichen Revolution ..... 16

### Gespräch

»Das politische Amt ist Dienst an der Gesellschaft«  
 Dr. Martin Gillo ist neuer Ausländerbeauftragter  
 im Freistaat ..... 12

### Besucher

Über Grenzen sprechen  
 Jugendliche aus Tschechien und Sachsen  
 zu Besuch im Sächsischen Landtag ..... 14

### Ausstellung

Blätter im Letterndickicht  
 100 Sächsische Grafiken im Sächsischen Landtag ..... 17

### Geschichte

Das »bürgerliche Lager« im Sächsischen Landtag ..... 18

### Service

Ausstellung:  
 Sachsensichten – Malerei und Grafik des Vereins  
 »Schule des Sehens und Gestaltens« e.V. .... 20

Weitere Informationen ..... 20

| V. l. n. r.: (1. Reihe) Prof. Dr. Wolfgang Marcus, Antje Hermenau,  
 Erich Illgen, Arnold Vaatz, (2. Reihe) Dr. Matthias Rößler, Prof. Dr. Reiner Groß,  
 Dr. Hans Geisler, Dr. Mike Schmeitzner | Titelfoto: S. Giersch



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

in der vorliegenden Ausgabe des Landtagskuriers haben die Traditionen und die Perspektiven, die Vergangenheit und die Zukunft unseres Landes die Akzente gesetzt.

Vom 4. bis 6. März 2010 fand die wissenschaftliche Tagung zur Gründung des Freistaates Sachsen vor zwanzig Jahren als Initialveranstaltung der Feierlichkeiten für dieses Jubiläum statt.

Indem wir Antworten auf die Fragen finden, woher wir kommen, wo wir heute stehen und wohin wir gehen, bestimmen wir unsere persönliche und unsere gesellschaftliche Existenz. Nur so kann in uns die Erkenntnis wachsen, dass wir selbst die Initiative ergreifen müssen, um Entwicklung zu gestalten und Veränderung zu bewirken.

Diesen Gedanken haben der Sächsische Landtag und die Sächsische Staatsregierung am 11. März 2010 mit der Enthüllung eines Großbanners vor dem Landtagsgebäude aufgenommen.

Wir wollen damit ein weithin sichtbares Zeichen dafür setzen, dass Sachsen ein Land der Veränderung und der Erneuerung ist und ein Land der Veränderung und der Erneuerung bleiben muss.

Die Botschaft »Hier bestimmen Sie!« erinnert an die Errungenschaften der Friedlichen Revolution, schlägt einen Bogen in die Gegenwart und nimmt die Zukunft ins Visier. »Hier bestimmen Sie!« – das ist die Perspektive, die sich die Menschen in Sachsen vor zwanzig Jahren auf friedlichem Wege erkämpft haben.

In diese Perspektive, unser Recht auf politische Mitbestimmung in Freiheit und Verantwortung wahrzunehmen, sind wir zwanzig Jahre nach der Wiedererrichtung des Freistaates Sachsen alle gestellt.

Dr. Matthias Rößler  
 Präsident des Sächsischen Landtags

## | 9. Sitzung des Sächsischen Landtags |



Foto: © Franz Metepec | Fotolia.com

Autor | Uwe Nösner

Erfolgreicher Einsatz für sächsische Interessen

## Solarförderung

Am 10. März 2009 kam der Sächsische Landtag zu seiner 9. Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung stand unter anderem eine Aktuelle Debatte auf Antrag der Fraktionen der CDU und FDP zur Solarförderung und den erfolgreichen Einsatz für sächsische Interessen. Den Hintergrund bildeten die Auswirkungen des Aufschubs der Kürzungen auf die Solarindustrie in Sachsen. Die Bundesregierung plant für Dachflächen eine Reduzierung der Förderung um 16 Prozent zum 1. Juli 2010, für Freiflächen um 15 Prozent. Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz und Thüringen fordern jedoch vom Bund, die Kürzungen noch einmal zu überdenken.

Frank Heidan, CDU, bezeichnete die Herstellung und Montage von Solarmodularen als sehr erfolgreich für unser Land. Aber die Welt drehe sich weiter. Es sei festzustellen, dass die Kosten für die Solarmodulherstellung in den letzten Monaten gesunken seien. Die Mitbewerber auf dem weltweiten Markt schliefen nicht. Deshalb habe man im Bund nachgedacht und letztlich beschlossen, die Solarförderung entsprechend den gesunkenen Herstellungskosten zu reduzieren. Er halte eine Absenkung in der geplanten Höhe daher für sehr sinnvoll.

### Förderung mit Augenmaß

Seine Fraktion, so Mike Hauschild, FDP, stehe für eine Förderung mit Augenmaß, die den Verbraucher und die sächsische Solarbranche gleichermaßen im Blick habe. Jede Förderung werde an die Endverbraucher, an die Familien

und die kleinen Leute, weitergegeben. Sachsen habe sich an der Seite der anderen von der FDP mitregierten Länder kraftvoll bei der Gestaltung des getroffenen Kompromisses eingebracht und damit eine gegenüber allen Akteuren verantwortliche Lösung gefunden. Auch wenn nur ein Aufschub der Regelung um drei Monate

erreicht worden sei, komme das der Planungssicherheit in Industrie und Handwerk entgegen.

### Zu starke Auswirkungen

Dr. Monika Runge, Linksfraktion, bezeichnete die Gesetzgebung zu erneuerbaren Energien als eine kreative Leistung der rot-grünen Bundesregierung. Die Ausgestaltung des Gesetzesentwurfes der gegenwärtigen Bundesregierung mit einer Absenkung der Einspeisevergütung um 15 bzw. 16 Prozent werde mit zu starken Auswirkungen auf die Perspektiven der sächsischen und ostdeutschen Solarindustrie verbunden sein. Der Hintergrund für die eindeutige Übervorteilung der Eigennutzung zuungunsten der Einspeisevergütung bedeute konkret, die Netze von Solarstrom zu entlasten und den roten Teppich für die Verlängerung der Restlaufzeiten der Atomkraftwerke auszurollen. Das sei der eigentliche Kern.



Foto: S. Giersch



Fotos: S. Giersch

## Mehrheit im Bundesrat

Thomas Jurk, SPD, nahm Bezug auf den Entschließungsantrag des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern, der im Bundesrat erfreulicherweise eine Mehrheit gefunden habe. Dieser sehe vor, dass sich der Bundesrat mit den Kürzungsplänen auseinandersetzen und das Länderinteresse deutlich machen müsse. Das Länderinteresse gehe vor Parteiinteresse. Er hoffe, dass sich endlich auch der Freistaat Sachsen richtig Gehör in den entsprechenden Bundessratsausschüssen verschaffen werde, in denen die Kürzungen zurückgenommen werden müssten. Das Bundesland Thüringen habe einen sehr

praktikablen Vorschlag gemeinsam mit dem Bundesverband der Solarwirtschaft vorgelegt. Danach sei eine einmalige neunprozentige Kürzung im Moment angemessen.

## Kein Erfolg für Sachsen

Von einem Erfolg für sächsische Interessen, so Johannes Lichdi, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, könne in keiner Weise die Rede sein. Die Koalition solle sich schämen, eine solche Debatte aufs Podium zu setzen. Ganz im Gegensatz dazu stehe es im sächsischen Interesse, dass die Solarindustrie erhalten bleibe, weiter wachsen könne, dieses Cluster im

»Solarvalley Mitteldeutschland« tatsächlich ausgebaut werde und sich in der Konkurrenz mit den Westländern und den ostasiatischen Wettbewerbern positionieren könne. Das sei die Debatte, die eigentlich geführt werden müsse. Lichdi forderte die Sächsische Staatsregierung auf, sich auf Bundesebene für die Rücknahme der Kürzungspläne einzusetzen und sich der Initiative anderer Länder anzuschließen.

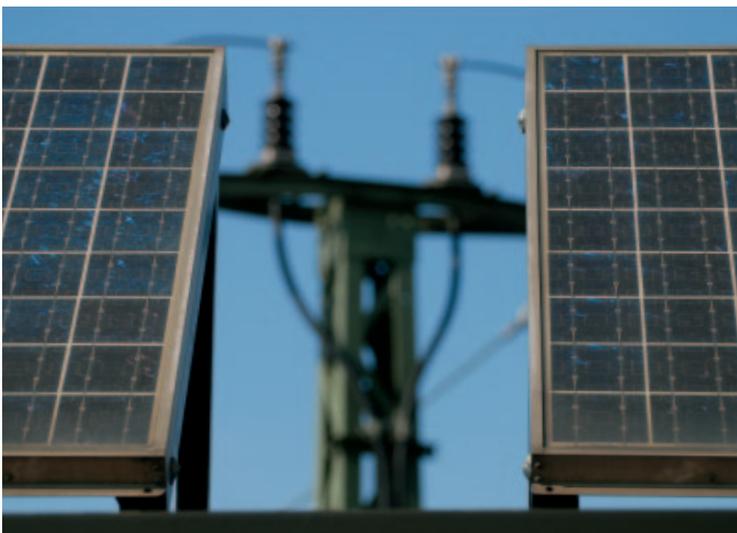
## Förderung vor dem Ende

Nach Auffassung von Dr. Johannes Müller, NPD, stehe die erfolgreiche Solarförderung der letzten Jahre jetzt vor dem Ende. Der Kabinettsbeschluss der schwarz-gelben Bundesregierung vom 3. März 2010 zur Kürzung der Einspeisevergütung bei Fotovoltaikanlagen werde das kaputt machen, was als Industriecenter zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen in der Solarbranche als Solarvalley mühselig aufgebaut worden sei. Die Kürzung der Einspeisevergütung sei ein massiver Finanzierungsverlust für diese Branche, der aus

Sicht seiner Fraktion nicht hinnehmbar sei. Die NPD halte den geplanten Schritt für einen sehr gefährlichen Eingriff in die Wettbewerbsfähigkeit der sächsischen Solarwirtschaft.

## Tragfähiger Kompromiss

Wirtschaftsminister Sven Morlok bewertete den zweimonatigen Aufschub der Subventionskürzungen als einen Erfolg. CDU und FDP hätten in den Gesprächen mit der Bundesregierung für die Fotovoltaik-Branche einiges erreicht. Sicher habe sich die Sächsische Staatsregierung in dem einen oder anderen Punkt etwas mehr gewünscht. Aber unter den gegebenen Umständen halte sie das Ergebnis für einen tragfähigen Kompromiss. Die Initiative von Mecklenburg-Vorpommern, die Pläne noch einmal zu prüfen, nannte er »einen reinen Alibi-Antrag«. Er sei sich sicher, dass die Fotovoltaik-Branche Sachsen in überwiegenderem Maße mit dem gefundenen Kompromiss leben könne, und kündigte an, sich auch in Zukunft für deren Belange im Freistaat einzusetzen.



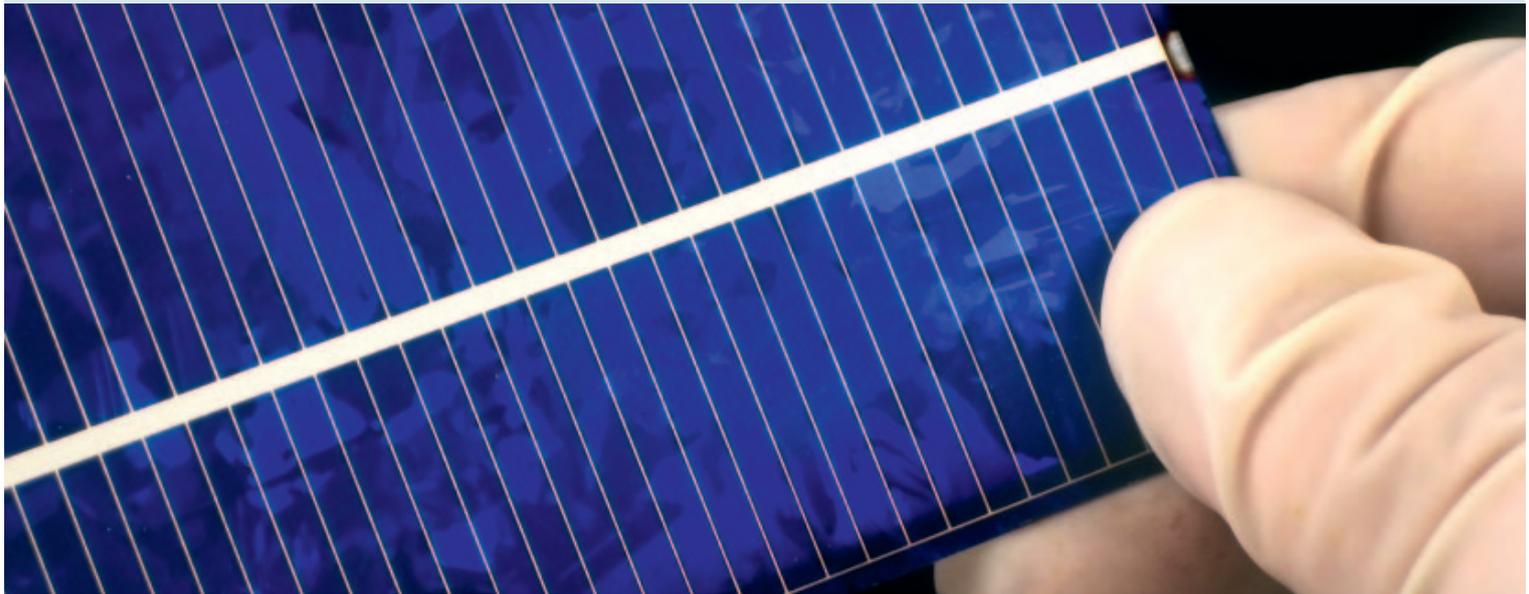


Foto: © Albert Lozano-Nieto | Fotolia.com

# Hintergrundinformationen zur Fotovoltaik in Sachsen

Quelle: BSW Solar

Sachsen erlebt seit einigen Jahren einen regelrechten Boom der Solarindustrie. Der Freistaat entwickelt sich immer stärker zum Schrittmacher der Solarwirtschaft. Neben den Ansiedlungen von Firmen wie Arise Technologies und Signet Solar gaben auch die Unternehmen Sunfilm und Avancis ihr Engagement in Sachsen bekannt. Mit Solarworld produziert bereits ein Global Player der Solarwirtschaft im sächsischen Freiberg.

Im Spektrum der erneuerbaren Energien kommt der Sonnenenergie eine herausragende Bedeutung zu. Noch immer erfreut sich die Solarindustrie in Deutschland einer breit angelegten staatlichen Förderung vor allem seitens des Bundes. Auch im privaten und häuslichen Bereich finden sich auf den Dächern immer häufiger Solaranlagen, die beispielsweise zur Speisung der Heizung genutzt werden.

Mit »Waldpolenz« bei Leipzig wurde das größte deutsche Solarkraftwerk in Betrieb genommen. Am Standort entsteht jetzt mit 40 Megawatt Gesamtleistung das größte Solarkraftwerk der Welt.

gien von seiner Erfahrung als renommiertes Standort der Halbleiter-Produktion stark profitieren.« Sachsen ist das

Bundesland mit den meisten Beschäftigten in der Produktion von Solarkomponenten. Auch bei Solarkraftwerken ist Sachsen Spitze:

## (Ost-)Deutschland »Solar Valley«

Solartechnik entwickelt sich nach Ansicht der Unternehmensberatung Roland Berger zu einer Leitindustrie, die zusammen mit anderen erneuerbaren Energien von Umsatz und positiven Beschäftigungseffekten her langfristig klassische Industriebranchen wie den Fahrzeugbau überflügeln kann. Jährlich wächst der weltweite Fotovoltaik-Markt. Jede vierte weltweit installierte Solarzelle stammt aus deutscher Fertigung.

## Solarzellen werden Hightech-Produkte

»Solarzellen werden zu Hightech-Produkten und die Fotovoltaik orientiert sich bei der Fertigung zunehmend an der Chipindustrie«, sagte Carsten Körnig, Geschäftsführer beim Bundesverband Solarwirtschaft (BSW Solar). »Sachsen wird im internationalen Wettbewerb um die besten Solartechnolo-





### | 10. Sitzung des Sächsischen Landtags |

Foto: © shoot4u | Fotolia.com

Die Opposition, so Antje Hermenau, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, quäle sich im Sächsischen Landtag seit 20 Jahren mit der CDU herum, die es einfach nicht schaffe, ihre Skandale zu klären. Es gäbe vom Ministerpräsidenten einen Weihnachtsbrief, den dieser an die Landesbediensteten geschrieben und in dem er sich für die Unterstützung und das Engagement im Wahlkampf bedankt habe. Für sie werfe das die Frage auf, ob die Landesbediensteten jetzt von der CDU oder vom steuerzahlenden Volk bezahlt würden. Sie warf der CDU ein royalistisches Staatsverständnis vor und sprach von einer sächsischen Monarchie. In der Sponsoring-Affäre habe sich Stanislaw Tillich allerdings verhalten wie ein Dreijähriger, der in die Keksdose gelangt habe, dabei ertappt worden sei und nicht

→ Vor 20 Jahren, am 14. Oktober 1990, haben in Sachsen die Wahlen zum 1. Sächsischen Landtag seit der Friedlichen Revolution stattgefunden. Wahlsieger war die CDU, die seitdem (von 2004 bis 2009 gemeinsam mit der SPD und seit 2009 mit der FDP) im Freistaat Sachsen die Regierungsverantwortung zu tragen hat. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beantragte anlässlich dieses Jubiläums eine Aktuelle Debatte, die zur 10. Sitzung des Sächsischen Landtags am 11. März 2010 auf der Tagesordnung gestanden hat. Dabei wurde aus aktuellem Anlass zugleich auch über die sogenannte Sponsoring-Affäre debattiert. Auf der CDU-Veranstaltung »Denkfabrik Sachsen« sollen neben Standflächen für Unternehmen unter anderem auch Gespräche mit Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, »vermarktet« worden sein. Die Sponsoring-Vorwürfe werden von der Verwaltung des Deutschen Bundestages längst geprüft.

zugeben wolle, dass die Hand genau in dieser Keksdose gewesen sei. Sie kritisierte, dass die Aufklärung der Vorwürfe verhindert und unter den Teppich gekehrt werde. Dies schade der Demokratie. Die Sponsoring-Verträge sollten wie Parteispenden offengelegt werden.

### Prüfbericht abwarten

Die Demokratie, so Steffen Flath, CDU, werde in diesem Hohen Hause seit 20 Jahren als ein Wert geschätzt, den es zu erhalten gelte und um den es auch in dieser Aktuellen Debatte gehe. Seine Fraktion warte

den Prüfbericht der Bundestagsverwaltung ab. Sollten Fehler passiert sein, dann müssten diese korrigiert werden. CDU-Generalsekretär Michael Kretschmer werde es sich ansehen und missverständliche Formulierungen ändern. Sponsoring finde nicht im rechtsfreien Raum statt.

Foto: S. Giersch



# Wem gehört der Freistaat?

Aktuelle Debatte zu 20 Jahre CDU-Regierung in Sachsen

Autor | Uwe Nösner



Fotos: S. Giersch



Der Eindruck, dass der Ministerpräsident käuflich sei, sei fatal. Dem müsse entgegenwirken, weil es so nicht sei. Von einem Sponsoring-Skandal zu sprechen, sei fehl am Platz.

## Ein Land als Beute

Über 20 Jahre, so Dr. André Hahn, Linksfraktion, sei mit der CDU eine neue Staatspartei entstanden, die sich das Land zur Beute gemacht habe. Beweise dafür gäbe es in Hülle und Fülle. Wie das in der Praxis aussehe, lasse sich exemplarisch am Beispiel der Sächsischen Schweiz zeigen. Fast

alle wichtigen Institutionen in dieser Region seien von CDU-Leuten geführt. Wer wolle, dass man in diesem Land endlich wieder frei atmen könne, der müsse den schwarzen Filz durchbrechen. Er verlangte vom Ministerpräsidenten, zu den Sponsoring-Vorwürfen vor dem Sächsischen Landtag Stellung zu nehmen. Wenn er mit seiner Politik so weitermache wie bisher, beispielsweise bei den angekündigten Kürzungen im Sozialbereich, dann werde es nicht mehr lange dauern und er werde dafür bezahlen müssen, dass sich mit ihm überhaupt noch jemand fotografieren lasse.

## Verträge offenlegen

Martin Dulig, SPD, forderte die Offenlegung der Zahlen, Verträge und Sponsoring-Angebote. Wenn er sich die Sponsorenliste anschau, liege doch die Vermutung nahe, dass mit der CDU-Veranstaltung Geld gesammelt worden und mehr Geld eingenommen worden sei, als die Veranstaltung gekostet habe. Die Leidtragenden seien alle demokratischen Parteien. Die CDU habe der Demokratie und den Demokraten einen Bärendienst erwiesen. Der Vorwurf treffe nicht die CDU, sondern richte sich auf »die da oben« und stehe für eine vermeintliche Käuflichkeit der Politik. Auch Dulig übte Kritik am Weihnachtsbrief des Ministerpräsidenten, der sein Verständnis von Staat und Politik deutlich mache und zeige, dass er selbst die Verwaltung als seine verlängerte Werkbank empfinde.

## Aufgestauter Neid

Torsten Herbst, FDP, beantwortete die Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, die diese mit der Aktuellen Frage gestellt hatte. Der Freistaat Sachsen

gehöre, wie in der Verfassung nachzulesen sei, den Bürgerinnen und Bürgern in Sachsen. Er warf der Opposition vor, eine Neid-Debatte vom Zaun gebrochen zu haben. Er sei FDP-Mitglied und Generalsekretär dieser Partei. Ihm habe auch nicht jedes Wahlergebnis der CDU in der Vergangenheit gefallen. Aber er müsse als Demokrat akzeptieren, dass sie die Mehrheit gewonnen hätte und auch den Ministerpräsidenten stelle, weil sie erfolgreich gewesen sei.

## Pure Heuchelei

Holger Apfel, NPD, bezeichnete die Debatte, die von den sich zu kurz gekommen fühlenden Parteien vom Zaun getreten worden sei, als pure Heuchelei. Sie alle säßen doch im gleichen Boot. Sie würden es doch genauso machen, wenn sie in der Regierung wären. Die Menschen im Lande wüssten, dass die NPD die einzige Partei sei, die von keinem Unternehmen finanziert werde und dass jeder Abgeordnete und Funktionär auch in Zukunft kostenlos für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Lande zu sprechen sein werde.



# Die Tagung »20 Jahre Freistaat Sachsen«



Autor | Dr. Konstantin Hermann



Die »Traditionen und Perspektiven« – so der Titel der Tagung – sollten für Sachsen nach zwanzig Jahren seiner Wiederbegründung umfassend auf einer wissenschaftlichen Konferenz diskutiert werden.

Die Kooperationspartner Sächsischer Landtag, Verein für sächsische Landesgeschichte, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung und Haus der Kirche bereiteten die Tagung vor. Diese dreitägige Konferenz avancierte zu einer der Hauptveranstaltungen zum Jubiläum des Freistaats. Anders als eine Tagung für ein reines Fachpu-

blum sollte diese Konferenz mit den wissenschaftlichen Vorträgen ein Angebot für die interessierten Bürgerinnen und Bürger des Freistaats sein. Es zeigte sich, dass nicht nur der »sächsische Mythos« August der Starke Interesse und Aufmerksamkeit zu erlangen vermag, sondern auch die jüngste Geschichte Sachsens. Über 160 Gäste fanden sich auf der Tagung ein, um zuzuhören und vor allem zu diskutieren, sei es direkt nach den Referaten oder in den Pausen. Dafür sorgten auch die bisweilen sehr kontrovers ausgerichteten Vorträge, denn die Konferenz sollte keine bloße Feierstunde sein. Stattdessen bot sie eine strenge Bestandsaufnahme der Fakten und Leitlinien. Sie zeigte auch Alternativen zu bisherigen Entwicklungen auf, hinterfragte, gab Anregungen und Hypothesen für Korrekturen. Die Tagung hatte den (auch erfüllten) An-

spruch, erstmals die Zeit 1990 bis 2010 umfassend zu systematisieren und zu historisieren. Alle referierten Fachthemen sollten in enger Verbindung mit der Praxis stehen. Die Zuhörer waren Politiker, Wissenschaftler, Politologen, Kommunalpolitiker und viele sächsische Bürgerinnen und Bürger, die nach den Worten des Landtagspräsidenten Dr. Matthias Röbller besonders angesprochen wurden: »Ich persönlich verbinde mit dieser Tagung vor allem die Hoffnung, dass es uns gelingt, das Wissen

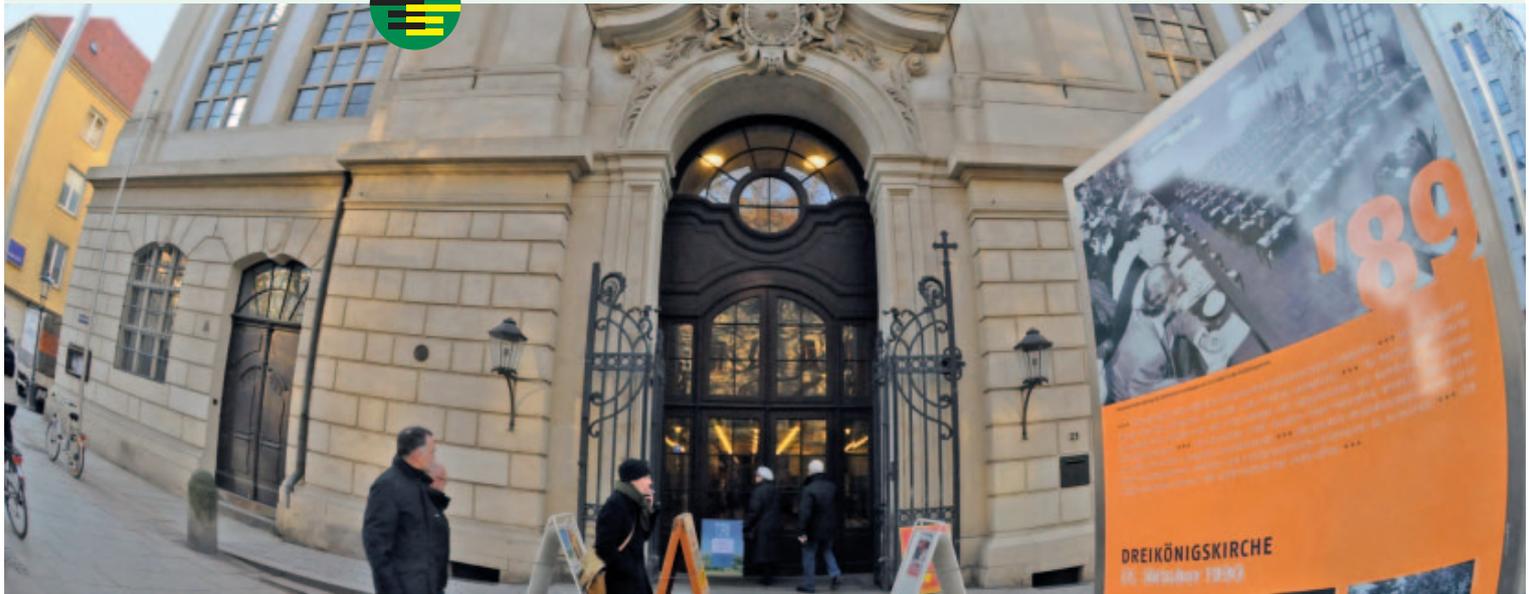
um unsere Herkunft und regionale Identität über die Forschung hinaus in die sächsische Öffentlichkeit hineinzutragen.«

## Freistaatsgründung »von unten«

Dr. Matthias Röbller eröffnete die Tagung mit einem ausführlichen Überblick über die vergangenen zwanzig Jahre Sachsens als Freistaat. Er schilderte kenntnisreich aus eigenem Erleben und der Erfahrung einer unmittelbaren Beteiligung die Entwicklung der Wiederbegründung des Freistaats Sachsen im Jahre 1990. Dieser Vortrag bildete mit der Abenddiskussion die inhaltliche Klammer der



| Dr. André Thieme und Dr. Mike Schmeitzner |



Fotos: S. Giersch



| Dr. Matthias Rößler |



| Frank Richter |



| Prof. Dr. Günther Heydemann |



| Dr. Konstantin Hermann |

gesamten Tagung. Ein namhafter Teilnehmerkreis stellte in der Podiumsdiskussion die verschiedenen Perspektiven auf 1990 dar. Dr. Hans Geisler, Antje Hermenau, Erich Iltgen, Professor Dr. Wolfgang Marcus, Dr. Matthias Rößler und Arnold Vaatz gaben tiefe Einblicke in ihr Denken und Handeln im Hinblick auf das Neuerstehen des Freistaats Sachsen. Interessiert wurde in dem voll besetzten Konferenzsaal dieser Diskussion gefolgt. Eine der

wesentlichen Motivationen für die anwesenden Zeitzeugen war die Sicherung des in der Friedlichen Revolution Erreichten, da es nicht wie 1953 in der DDR oder 1968 in der Tschechoslowakei zu einem Rückfall in »alte Verhältnisse« kommen sollte. Dies erklärt auch das hohe Tempo politischer Maßnahmen, die unumkehrbar werden sollten. In den 90 Minuten Diskussionszeit wurden viele Themen angesprochen und Fragen geklärt. Stark wirken die

Erfahrungen aus dieser hochpolitischen Zeit bis heute bei den Diskussionsteilnehmern nach. Übereinstimmend wurde festgestellt, dass der »sächsische Weg« eine Sonderstellung innerhalb der Länderbildung der neuen Bundesländer 1990 einnimmt, der vor allem auf der Arbeit der Runden Tische und des späteren Sächsischen Forums beruhte, die beide stark basisdemokratisch, von »unten«, die Gründung des Freistaats Sachsen vorangebracht hatten. Zeit für weitere Gespräche gab es schließlich beim Empfang, den der Landtagspräsident nach der Podiumsdiskussion gab. Auf diesem Empfang richtete der Nestor der sächsischen Landesgeschichte, Prof. Dr. Karlheinz Blaschke, eindringliche Worte an die Gäste und erinnerte an die Bewahrung des sächsischen Erbes in der DDR.

## Identität, Verfassung, Demokratie

Durch zwanzig Fachvorträge in fünf Themenblöcken näherte man sich den »Traditionen und Perspektiven« nicht nur aus der Sicht des Historikers, sondern auch aus der des Soziologen, des Politikwissenschaftlers oder des Volkswirts.

Mit dem ersten Themenblock, »Landesgeschichte«, vollzogen die Referenten eine grundlegende Einführung in die Tagung. Alte, die sächsische Identität bestimmende Mythen und Traditionen werden durch neue Erfahrungen ergänzt. So wirkt sich die »erkämpfte« Demokratie von 1990 kennzeichnend auf die Identität der sächsischen Bevölkerung der Gegenwart aus. Auch das Erinnern an die Jahre der Unterdrückung



| Prof. Dr. Karlheinz Blaschke |



Fotos: S. Giersch

durch die nationalsozialistische und sozialistischen Diktaturen wirkt auf die Identitätsbildung ein. »Sachsen oder Mitteldeutschland? Vereinigung der mitteldeutschen Bundesländer« lautete eine der gestellten Fragen. Wird die sächsische Identität in den kommenden Jahrzehnten einem gesamt-mitteldeutschen Bewusstsein weichen müssen? Ökonomische, wirtschaftliche, soziale und historische Argumente lassen beide Möglichkeiten zu, doch welche Folgen hätte eine Länderfusion für das sächsische Bewusstsein? Erinnert wurde in diesem Zusammenhang an die nur versteckt existierende sächsische Identität in der DDR und an die »Sachsenrenaissance« seit den 1980er Jahren.

## Die wehrhafte sächsische Demokratie

Der zweite Themenblock widmete sich der Verfassung, der demokratischen Gesellschaft, den Parteien und den Gefahren des Extremismus. Sachsen stellt mit seiner politischen Stabilität unter den ostdeutschen Bundesländern eine Ausnahme dar. Klare Regierungsmehrheiten und eine starke Opposition kennzeichnen die politischen Verhältnisse seit 1990. Die »wehrhafte Demokratie« muss sich vor rechts- und linksradikalen Bewegungen schützen, denen sie zwar das Grundrecht auf Meinungs-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit zubilligt, aber bei verfassungsfeindlichen Aktivitäten konsequent einschreitet. Hingewie-

sen wurde auf die schwierige Beurteilung im Einzelfall: Darf die Demonstrationsfreiheit durch bürgerschaftliches Engagement wie bei der Demonstration am 13. Februar 2010 eingeengt werden? Nicht nur diese Frage fand im Gespräch große Beachtung. Durch die deutsche Einheit und die Wiederherstellung des Freistaates standen der Verwaltung große Veränderungen bevor. Von der Verwaltung in der DDR zum »Volksdiener« unserer Tage war es ein weiter Weg, der von allen Mitarbeitern ein Umdenken erforderte und sie nach 1990 vor zahlreiche weitere Herausforderungen stellte.

Im Anschluss folgten im dritten Themenblock Vorträge zur Bevölkerungsentwicklung, Wirtschaft und Religion. Die demographische Entwicklung mit Abwanderung und Überalterung wurde sowohl vom Referenten als auch von den Diskutanten als eine der schwerwiegendsten Problemlagen des Freistaates für die nächsten Jahrzehnte identifiziert. Die Wechselwirkungen demographischer und ökonomischer Entwicklungen wurden ebenso vorgestellt wie die Wirtschaftspolitik des Freistaates seit 1990.

Ein vierter Themenblock diskutierte die Bildungs- und Wissenschaftspolitik Sachsens. Besonderes Augenmerk wurde dabei auf die Ursachen der überdurchschnittlichen PISA-Ergebnisse der sächsischen Schüler gelegt. Im Bereich der Wissenschaftspolitik wurde manche Entwicklung kritisch hinterfragt. Beide Themen führten zu einer tiefgehenden, intensiven Diskussion, so wie es der Bedeutung des Themas Bildung auch entspricht. Der Themenkreis wurde mit einem Referat über die Kulturpolitik Sachsens in der ersten Legislaturperiode, der Aufbaujahre, beschlossen.

Unter dem Titel »Geschichte und Aufarbeitung« fand die Tagung in einer fünften Sektion ihren Ausklang. Welche Bedeutung hat die Aufarbeitung der Staatssicherheits- und SED-Vergangenheit für die sächsische Demokratie heute? Die Schüler interessieren sich heute stärker als noch vor wenigen Jahren für die DDR, die von ihnen nun deutlich differenzierter betrachtet wird und im Einklang mit einer gewissen Distanz zum Objekt eine nüchterne Betrachtung ermöglicht. Jede demokratische Gesell-





| Prof. Dr. Hans Karl Friedrich von Mangoldt |



### Sachsen als Vorreiter

Auf der Tagung war häufig von einer Sonderstellung Sachsens innerhalb der neuen Bundesländer die Rede. Dies kann auch für folgendes gelten: Sachsen ist bisher das einzige ostdeutsche Bundesland, das mit einer solch umfassenden Konferenz nicht nur des Jubiläums gedenkt, sondern die zwanzig Jahre seiner jüngsten Geschichte einem Fazit unterwirft, und – noch wichtiger – anhand dieser Entwicklungen und der eigenen Traditionen Ausblicke in die Zukunft wagt.

Selbst eine dreitägige Konferenz kann nicht alle Fragen klären; manches wurde nur angedeutet, wenigstens gar nicht benannt. Fragen der sächsischen Identität, des sächsischen

Patriotismus und der sozialen Entwicklung waren am ersten Tag der Tagung Gegenstand der Debatte, konnten jedoch aufgrund der Zeit nicht umfassend geklärt werden. Insofern verdeutlichte die Konferenz auch, welchen Themen sich später noch gewidmet werden sollte.

Im Herbst erscheint die Begleitpublikation zur Tagung in der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. In ihr werden die erweiterten wissenschaftlichen Beiträge enthalten sein. Dieser Band wird die Bedeutung der dreitägigen Bestandsaufnahme herausstellen, die auf die jüngste Vergangenheit Sachsens blickt. Der Bevölkerung wird damit ein Lese- und Nachschlagewerk zu vielfältigen Themen der vergangenen zwanzig Jahre ihrer Geschichte in die Hand gegeben, das lange Bestand haben wird.

schaft zeichnet sich wesentlich im Umgang mit jenen aus, die in Diktaturen ihrer politischen Einstellung wegen benachteiligt waren oder politisch verfolgt wurden. Doch welche Langzeitfolgen hatte die DDR für die heutige Gesellschaft in Sachsen? Anhand der einzigartigen sächsischen Längsschnittstudie konnten dazu genaue Antworten gegeben werden.

Der Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Professor Dr. Günther Heydemann, zog am Sonnabend in einem abschließenden Beitrag Bilanz über die vergangenen zwanzig Jahre. Anhand von Fakten

und Entwicklungslinien stellte Günther Heydemann in seinem detaillierten Vortrag das Tagungsthema abschließend dar: Traditionen und Perspektiven. Auch er wies auf die demographische Entwicklung als die entscheidende Kenngröße Sachsens in den nächsten Jahrzehnten hin.





Fotos: S. Giersch

## »Das politische Amt ist Dienst an der Gesellschaft«

Dr. Martin Gillo ist neuer  
Ausländerbeauftragter im Freistaat

Interview | Hans-Peter Maier

Natürlich müsse man das auch kommunizieren, doch seien die berühmten »Sonntagsreden« nicht ohne Grund in Verruf gekommen. Versprechungen könne jeder abgeben; entscheidend allein sei die Umsetzung des Gesagten. Für ihn stehe der Mensch im Vordergrund. Der verfüge zwar über Anlagen sowohl für das Gute als auch für das Böse, es sei aber ohne Alternative für den Fortbestand einer demokratischen Gesellschaft, gerade die guten Seiten zu unterstützen und zu fördern. Dazu gehörten trotz allem aber immer zwei. Er lächelt: »Einfach ist es nicht immer!«

Neugierig war er immer schon. Das hat ihm ein buntes Leben auf beiden Seiten des Atlantiks beschert. Schon vor dem Abitur war dem gebürtigen Leipziger klar, dass er Psychologie studieren würde. Nach dem Abschluss an der Uni in Hamburg gelang ihm als Fulbright-Stipendiat der Sprung nach Kansas in den USA. Mit seiner Promotion und zwei Jahren Forschung an der Universität von Washington hatte er die Aufmerksamkeit eines Unternehmensberaters erregt. Der schickte ihn nach kurzer Zeit zu seiner Filiale in Frankfurt/Main

» Er ist offen. Das sagen die Augen. Und aus ihnen spricht, was später wie eine Binsenweisheit klingt: »Politiker sind da zu da, das Gute im Menschen zu unterstützen und zu fördern.« Martin Gillo, MdL und vom Parlament gewählter Ausländerbeauftragter des Freistaates, ist es Ernst mit der Verantwortung, die er seinem Berufsstand zuordnet. Es bestehe ein Zusammenhang zwischen Reden und Tun: »Wichtig sind Ergebnisse – also unser Verhalten.«

zurück nach Deutschland. Nach einigen Jahren wollte er aber wieder zurück in die Staaten und entschied sich spontan für San Francisco.

### AMD verlegt Standort

Was folgte, war ein Angebot von AMD, in der Zentrale in Sunnyvale (Silicon Valley, 70 km südlich von San Francisco) mitzutun. Zu Zeiten der Wende in Deutschland ging Gillo – immer noch in AMD-Diensten – nach Genf, um dort europäischer Personalchef zu werden. Geplant waren zwei Jahre. Es wurden zehn. Aus der Zeit stammt eine Episode, bei der er vom damaligen sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf hörte, der neben Siemens, das bereits im Freistaat angesiedelt war, noch »ein zwei-

tes Standbein« für die Mikroelektronik in Sachsen anstrebte.

»Mich hat das schon beeindruckt: der flog kurzerhand an die amerikanische Westküste und überzeugte den damaligen AMD-Chef, Jerry Sanders, seine nächste Fabrik mit allen technologischen Kronjuwelen der Firma von Kalifornien nach Dresden zu verlegen.«

Nun besann man sich bei AMD erneut auf Martin Gillo und trug ihm die Leitung des Personals als einer der Geschäftsführer an, weil er sich doch »in der Ecke auskennen« würde. Das geschah fünf Jahre nach der Wende.

Gillo erinnert sich auch noch genau an jenen Tag im Jahre 2002, als Kurt Biedenkopfs Nachfolger, Georg Milbradt, ihn in seiner Wohnung fragte, ob er sein Wirtschaftsminister werden wollte. Er wollte.

Für ihn ein normaler Vorgang, anschließend wieder als »ganz normaler Abgeordneter« zurück ins Glied zu gehen.

Im Rückblick sagt er heute: »Das war alles sehr interessant und abwechslungsreich und«, da ist es wieder, dieses ver-





Fotos: S. Giersch



schmitzte Lächeln, »lehrreich!« Zu Ende lernen, das ginge nicht. Für ihn sei Lernen ein Synonym für »sich um die Menschen kümmern«. Die Überzeugung ist tief: »Solche Ämter, vor allem die politischen, sind Dienst am Menschen!«

### Integration – nicht Assimilation

Als Ausländerbeauftragter nehme dieser Dienst konkretere Züge an: »Wir müssen Vorurteile benennen, sie auflösen und ein neues Miteinander entwickeln.«

Gillo beschreibt ein Bild aus glücklicherweise vergangenen Tagen, in dem es Menschen gab, die grundsätzlich dann von Staats wegen überwacht wurden, wenn die Überwacher die Sicherheit des Staates tangiert sahen. Deshalb habe in

der Wahrnehmung jener Überwacher die bloße Anwesenheit von Ausländern genügt, um »Horch und Guck« auf den Plan zu rufen. Das Resultat: noch stärkere Überwachung.

Gillo kennt den Teufelskreis: »Ich kann nachvollziehen, dass sich gegängelte, weil quer denkende Menschen von Ausländern dann fernhielten. Sie wollten vermeiden, vielleicht sogar mit ihnen zusammen in die Fänge der »Staatssicherheit« zu geraten.« In kurzen Kontakten sei zwar die Begegnung faszinierend gewesen, doch bei längeren Kontakten musste man damit rechnen, dass jemand mithörte. Das könnte jetzt noch in Fremdenskepsis nachwirken.

Als »Beauftragter für die Ausländer« sieht er sich in der Pflicht, über den Tellerrand hinauszuschauen. Vorurteile machen ihn betroffen und nerven ihn. Menschen, die möglicherweise sogar wider besseres Wissen jenen Vorurteilen nachgeben, machen ihn wütend. Offenheit – gerade für Veränderungen – ist ihm wichtig.

Gillo mahnt Verantwortung an, die sich

in dem Versuch zeigen sollte, andere Menschen ernst zu nehmen und mit ihnen darüber nachzudenken, wie das Zusammenleben für alle in der Gesellschaft lebenden Gruppen konstruktiver und produktiver gestaltet werden kann. Niemand dürfe damit durchkommen, wenn er den Anschein zu erwecken sucht, man könne alles und jederzeit rückgängig machen: »Das Leben ist die Kunst des Zeichnens ohne Radiergummi.«

Gillo freut sich darauf, »endlich eine zutreffende Bezeichnung« für seinen Bereich zu bekommen. Noch vor der parlamentarischen Sommerpause soll der Minister a. D. als »Sächsischer Integrations- und Migrationsbeauftragter« geführt werden. Für Gillo eine überfällige Entscheidung. Von 2008 bis 2012 werde sich die Zahl von derzeit 20.000 Abiturienten halbieren und es stellen sich die Fragen, wer

dann die Leitung und Organisation der immer komplexer werdenden Gesellschaft übernehmen könne und woher in Zukunft die Ärzte kommen sollten. Die deutsche Gesellschaft müsse sich darauf besinnen, sich aller für sie wichtigen Gruppen zu bedienen: »Die Geschichte des Bergbaus hat uns eindrucksvoll vor Augen geführt, wie wichtig eine multikulturelle Gesellschaft ist. Migration ist Überleben – für dieses Land und für jedes andere Land!«

Der Organisationspsychologe Gillo erläutert eine Vision. Sein Credo, dass der Mensch gut sei, leitet ihn: »Wir sind auf einem langen Weg« und »Nur durch Vielfalt von zusammenarbeitenden Kulturen und Ethnien stellen wir sicher, dass Diktaturen keine Chance in unserer Gesellschaft haben.«





| Prag | Foto: © Tyler Olson | Fotolia.com

| Liberec | Foto: © Frank | Fotolia.com

| Rumburk | Foto: Matěj Batha

| Sebnitz | Foto: S. Giersch

# Über Grenzen sprechen

Autorin | Ulrike Marlow

Jugendliche aus Tschechien und Sachsen zu Besuch im Sächsischen Landtag

➔ An einem langen, grünen Tisch sitzen 20 Jugendliche aus Tschechien und Sachsen, die ganz aufmerksam und interessiert nach vorn an das Tischhaupt blicken. Dort sitzt der Präsident des Sächsischen Landtags: Dr. Matthias Röbler. ➔

An diesem 21. Januar 2010 ist eine Schülergruppe, die sich aus Schülern des Gymnasiums F. X. Šaldy (Liberec), des Gymnasiums Rumburk sowie des Goethe-Gymnasiums Sebnitz zusammensetzt, zu Gast im Landtag. Sie alle nehmen an dem Projekt »Über Grenzen sprechen« teil. Dieses zu großen Teilen vom Goethe-Institut in Prag gesponserte Projekt gibt es seit sechs Jahren; es richtet sich an Schüler aus dem sächsisch-tschechischen Grenzgebiet, die sich für gesellschaftliche Themen interessieren und denen es Freude macht, darüber gemeinsam in deutscher Sprache zu debattieren.

Der Landtagspräsident betont in diesem Zusammenhang, wie wichtig der interkulturelle Austausch in einem zusammenwachsenden Europa der

vereinten Nationen sei. Nicht nur aufgrund seiner geografischen Lage, sondern auch aufgrund seiner Geschichte versteht sich der Freistaat Sachsen als eine Art Mittler in Europa. Deshalb seien ihm Verbindungen nach Tschechien, Polen oder den Baltischen Staaten ein besonderes Anliegen.

»Mit unserem Projekt wollen wir die Jugendlichen zusammenbringen und auf diese Weise den kulturellen Austausch fördern«, erklärt Anke May, Lehrerin am Goethe-Gymnasium Sebnitz, die Idee hinter dem Projekt »Über Grenzen sprechen«.

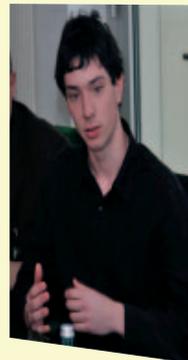
## Wie Politik funktioniert

Nach seinen einführenden Worten über Sachsen, Tschechien und Europa stellt der Präsident

einen Bezug zur vorangegangenen Landtagsführung der Schüler her. Er kommt auch auf die im Plenarsaal stattfindenden Aktuellen Debatten zu sprechen, die die Jugendlichen von der Besuchertribüne aus mitverfolgt haben.

Kurz darauf bietet er den Projektteilnehmern, die bis dahin aufmerksam und interessiert zugehört hatten, mit einer einladenden Geste eine Diskussion an. Dieses Angebot wird lebhaft angenommen. Es muss auch keine Verlegenheitsstimmung – wie sie so oft in solchen Situationen vorkommt – überbrückt werden. Sofort meldet sich eine Schülerin, die wissen will, wie lange es dauere, ehe eine Idee in einem Gesetz durchgesetzt werden könne. »Kommt drauf an«, lächelt Röbler,

»von wem die Idee kommt.« Er nimmt sich Zeit für eine anschauliche Erläuterung des Gesetzgebungs-





Fotos: Landtag

prozesses. Es gebe Unterschiede, erklärt er, je nach dem, wer den Gesetzesvorschlag unterbreitet habe. Das stehe sowohl den Oppositionsfraktionen oder einzelnen Abgeordneten als auch der Regie-

rungskoalition zu. Im Prinzip komme es darauf an, Mehrheiten für die eigene Idee zu finden, um sie durchsetzen zu können: »So funktioniert Politik.«

### Fragen zum Föderalismus

Von besonderem Interesse scheint der deutsche Föderalismus zu sein, es werden viele Fragen darüber gestellt, wie er funktioniert und wie er historisch gewachsen sei. In Bezug auf den ausgeprägten deutschen Föderalismus stellt ein jugendlicher die Frage: »Halten Sie das deutsche System für das bessere?« – Es kommt ein gleichermaßen beherzt-ehrliches wie beinahe trotziges »Ja«, das mit einem allgemeinen, wohlwollenden Lachen quittiert wird. Der Föderalismus sei eben nicht nur in einem jahrhundertlangen Prozess gewachsen, sondern finde auch seine Berechtigung darin, dass durch ihn die regionalen Interessen, die wiederum bedingt durch die Geschichte sehr stark seien, besser eingebracht werden könnten. Die EU weise ebenso Strukturen auf, die denen des Föderalismus ähnelten.

Während der Aktuellen Debatte im Plenum haben die Schüler beobachtet, dass mehrere Redner meinten, andere Redner würden sich inhaltlich nicht an das zu diskutierende Thema halten. Nun wird die

Gelegenheit genutzt nachzufragen: »Wer sorgt dafür, dass sich die Parteien an das Thema halten?« An dieser Stelle wird Rößler ernster. Dafür sei der amtierende Landtagspräsident verantwortlich, der in solchen Situationen die Redner auch dazu auffordern könne, zu ihrem eigentlichen Thema zurückzukehren. Allerdings sei auch zu berücksichtigen, dass es sich bei den Aktuellen Debatten um Diskussionen für die Öffentlichkeit handele. Vor diesem Hintergrund sei zu beachten, dass die Parteien diese Themen der Debatten auch gezielt auswählten, um sich in der Öffentlichkeit, also gegenüber den Wählern, darzustellen und zu positionieren.

Nach reichlichen zwei Stunden geht das intensiv zwischen den Projektteilnehmern und dem Landtagspräsidenten geführte Gespräch zu Ende – ursprünglich war nur eine Stunde vereinbart. Der Präsident bedankt sich bei den Schülern für ihr Interesse sowie für die gestellten Fragen und verabschiedet sich herzlich von ihnen. Der lange, grüne Tisch bleibt leer zurück.



➔ Es ist eine landesweite Initiative gegen das Vergessen und zur Erinnerung: Mit Bannern an Rathäusern, Aufklebern und Karten will der Freistaat Sachsen die Leistungen der Friedlichen Revolution ins kollektive Gedächtnis der Menschen rufen. Zielgruppe vor allem: die jüngere Generation, die den Umbruch von damals bestenfalls aus Erzählungen der Eltern kennt. ➔



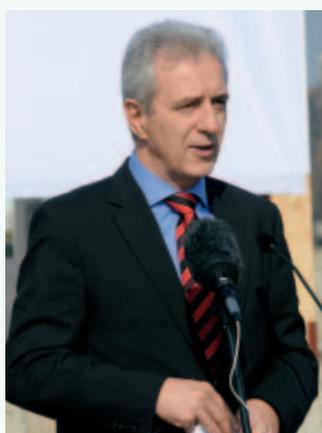
Fotos: Landtag

Autorin | Katja Ciesluk

## »Hier bestimmen Sie.«

Großbanner vor dem Landtag erinnert an Errungenschaften der Friedlichen Revolution

Vor den Augen von zahlreichen Schülerinnen und Schülern enthüllten Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner und Ministerpräsident Stanislaw Tillich am 11. März ein Großbanner auf dem Platz vor dem Sächsischen Landtag. Auf dem neun Meter hohen und sechs Meter breiten Banner steht zu lesen: »Hier bestimmen Sie.« Die Aktion gehört zur Kommunikationskampagne der Sächsischen Staatskanzlei zum Doppeljubiläum »20 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit«.



nach Freiheit und Demokratie auf die Straßen und Plätze unseres Landes hinaus«, erinnert er an die Friedliche Revolution.

Die Kampagne trage dazu bei, »der jungen Generation, die das Ende der DDR und die Bildung sowie den Aufbau des Freistaates Sachsen nicht mehr persönlich erlebt haben, den Weg der sächsischen Demokratie und ihre Werte zu vermitteln«, so Röbner weiter.

präsident. »Ihre demokratischen Rechte wie Meinungs-, Reise- und Wahlfreiheit haben die Bürgerinnen und Bürger damals mutig errungen.«

Das Doppeljubiläum ist für Ministerpräsident Tillich die perfekte Gelegenheit, an die Leistungen zu erinnern: »In diesem Jahr begehen wir den zwanzigsten Jahrestag der Deutschen Einheit. Ebenfalls vor 20 Jahren wurde der Freistaat Sachsen wieder gegründet. Wir können wirklich sehr stolz sein auf das, was wir in Sachsen – dem Kernland der Friedlichen Revolution – in den vergangenen zwanzig Jahren geleistet haben.«

Das Banner wird bis zum Tag der Deutschen Einheit, dem 3. Oktober 2010, vor dem Landtag hängen und das Wissen um die Errungenschaften der Friedlichen Revolution an die vielen Schulklassen und Bürger, die den Landtag regelmäßig besuchen, vermitteln.

### Info

An neun Rathäusern in Sachsen, darunter beispielsweise in Aue, Zittau, Borna, Dresden und Görlitz, prangen bereits kleinere Banner mit den Schriftzügen: »Hier dürfen Sie frei reden.« oder »Hier bestimmen Sie.« Die Initiative soll an jene Mittel erinnern, die 1989 und in den Jahren danach den Geist des Aufbruchs geprägt haben: Banner und Aufkleber.

Bereits Ende 2009 wurden eine Million Aufkleber an Schulen und Bildungseinrichtungen und rund 102.000 Karten in Restaurants und Kneipen mit verschiedenen Textbotschaften verteilt.

### »Werte der sächsischen Demokratie an Jugend vermitteln«

»Wir wollen ein weithin sichtbares Zeichen dafür setzen, dass Sachsen ein Land der Veränderung und der Erneuerung ist und bleiben soll«, sagte Landtagspräsident Dr. Matthias Röbner anlässlich der Bannerenthüllung. »Zu Hunderttausenden trugen sächsische Bürgerinnen und Bürger vor 20 Jahren ihre Forderungen

### »Kernland der Friedlichen Revolution«

Auch Stanislaw Tillich hat vor allem die jüngere Generation im Auge: »Die Initiative wurde von der Sächsischen Staatskanzlei ins Leben gerufen, um mit prägnanten Textbotschaften insbesondere Schüler und Jugendliche auf die Errungenschaften der Friedlichen Revolution aufmerksam zu machen«, sagt der Minister-



Fotos: F. Höhler

➔ Mehr als 50 Interessierte waren am Abend des 25. Februar 2010 gekommen, um die Eröffnung der Ausstellung »100 Sächsische Grafiken – Blätter im Letterndickicht« im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags zu verfolgen. ➔

Autorin | Kathrin Haberkorn

100 Sächsische Grafiken im Sächsischen Landtag

# Blätter *im* Letterndickicht

## Schrift im Bild als verbindendes Element

Die Ausstellung präsentiert Künstlerarbeiten, die im Rahmen des Wettbewerbes »100 Sächsische Grafiken 2008« entstanden sind. Verbindendes Element der Ausschreibung ist die Auseinandersetzung mit Schrift im Bild gewesen. Dem Wettbewerb lag die Idee zugrunde, zwei visuelle Ausdrucksbereiche miteinander zu verknüpfen, die in der Kunsttradition schon gelegentlich in Verbindung standen. Nicht ohne Stolz bilanzieren die Veranstalter: Am Wettbewerb haben sich 124 Künstler aus ganz Sachsen mit insgesamt 324 Werken beteiligt.

»Bei unserem Wettbewerb ging es für die Künstler darum, Schrift und Bild als qualitativ unterschiedliche Informationsträger zu reflektieren und ihre bildwürdigen Eignungen zu erkunden«, erklärte Alexander Stoll das Ansinnen der Ausschreibung. Im Ergebnis sei ein erstaunlich breites Spektrum bei der Auseinandersetzung mit diesem Thema zusammengekommen. Dies reiche von der Verwendung einzelner Buchstaben oder Zeichen als bildbestimmendes Motiv über typografische Experimente, bei denen die Künstler eigene Schriften kreierten, bis hin zur Kombination mit literarischen Texten oder Sprüchen, so Stoll in seinem Grußwort weiter.

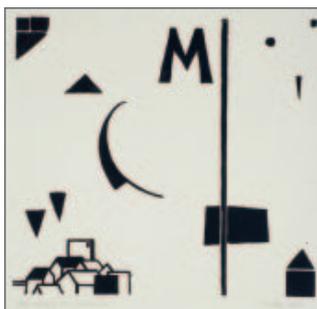
## Feste Größe und Chance wirksamer Präsentation

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbller würdigte die nunmehr 7. Auflage der Grafikbiennale der Neuen Sächsischen Galerie Chemnitz als eine »feste Größe in der Kulturlandschaft«.

Die Ausstellung stelle deutschlandweit ein einmaliges Unternehmen dar, das regelmäßig einen Überblick über das druckgrafische Schaffen im Lande gibt. [...] Neben gestandenen Meistern des Metiers, die die Jury seit Jahren mit qualitätsvollen Arbeiten überzeugen, sei der Wettbewerb auch für Studenten und Absolventen der sächsischen Hochschulen eine große Chance, sich mit ihren Werken einem breiten Publikum vorzustellen, so Röbller.

Besuchen Sie unsere Ausstellung bis zum 30. März 2010.

Links: »Mondnacht«, Lothar Rentsch, 2007 | links unten: »Lebensspuren (VII) Kaputt (für Jürgen Fuchs)«, Jürgen Schieferdecker, 2008 | rechts unten: »Pensum 1«, Susann Hoch, 2008





I Kapp-Putsch – Einzug der Marinebrigade Ehrhardt in Berlin, Besetzung Berlins, März 1920 | Foto: Deutsches Bundesarchiv

Autoren | Prof. Dr. Hans Vorländer, Claudia Creutzburg

## Das »bürgerliche Lager« im Sächsischen Landtag

➔ Im Freistaat Sachsen ließ sich recht schnell nach der Revolution eine klare Polarisierung von Gesellschaft und Politik in ein linkes und ein bürgerliches bzw. rechtes Lager beobachten. Diese Polarisierung verschärfte sich über die Jahre immer weiter und ist eine der wesentlichen Ursachen für das Scheitern der parlamentarischen Demokratie gewesen. Das »bürgerliche Lager« war aber noch weniger geschlossen als der linke Konterpart, Differenzen zwischen den Parteien bestimmten von Anfang an das Bild. Am Ende wanderten Wähler zu den rechten Parteien, vor allem zur NSDAP. Aus dem bürgerlichen wurde immer mehr ein rechtes Lager. ✦

**B**is in die Mitte der zwanziger Jahre bestand das bürgerliche Lager aus drei Parteien: der Deutschen Demokratischen Partei (DDP), der Deutschen Volkspartei (DVP) und der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Eine zunehmende Zersplitterung des Parteienspektrums brachte nach 1926 eine Reihe von weiteren dem rechten Spektrum zuzurechnenden Parteien in den Landtag. Das katholische Zentrum jedoch, das auf Reichsebene eine Mittlerrolle zwischen den Lagern einnahm und zwischen den Lagern auch in Sachsen hätte ausgleichend wirken können, spielte in der Landespolitik kei-

ne Rolle. Im vornehmlich protestantischen Sachsen konnte das Zentrum nie mehr als etwa ein Prozent der Wählerstimmen erlangen.

### Die liberalen Parteien

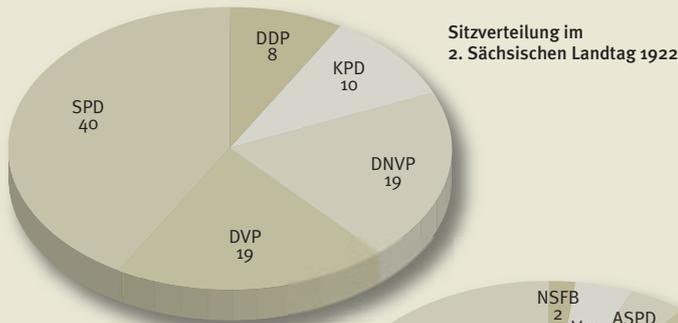
Die Uneinigkeit beginnt schon bei den beiden liberalen Parteien. Nach dem Ende des Kaiserreiches gelang es nicht, die vormalige Spaltung des parteipolitischen Liberalismus durch eine große, integrative Partei zu überwinden. Stattdessen entstanden die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) und die rechtsliberale Deut-

sche Volkspartei (DVP) Gustav Stresemanns. Anfangs wurde die DDP als das Sammelbecken des liberalen Bürgertums angesehen und konnte sowohl im Reich als auch im Freistaat Sachsen sehr gute Wahlergebnisse erzielen. Die DDP befand sich im Zentrum des demokratischen Verfassungsbogens, der Vater der Weimarer Verfassung, Hugo Preuß, gehörte ihr ebenso an wie viele andere Wissenschaftler, Intellektuelle und Journalisten. Die DDP unterschied sich von der DVP auf Reichs- wie auch auf Landesebene vor allem dadurch, dass sie nie einen Zweifel an ihrer Loyalität zur Republik zuließ,

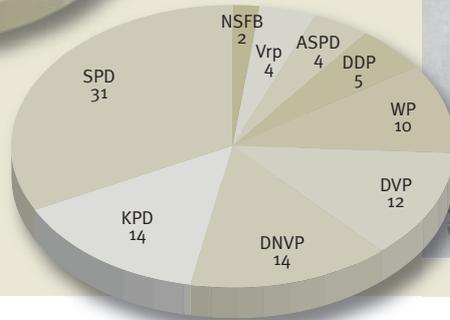
während die DVP konstitutionelle Monarchie und »nationale Restauration« forderte.

### Die Deutschnationale Partei

Die DNVP war die Partei der konservativen Rechten und ein Sammelbecken für eine ganze Reihe nationalistischer Strömungen. Sie war ein eindeutiger Gegner der Republik und des Versailler Friedensvertrages. Schuld am Ende des Kaiserreiches, der Niederlage im Krieg und dem »Friedensdiktat« trugen aus ihrer Sicht eindeutig die Sozialisten und Demokraten. In Sachsen wurde die DNVP vor allem die Partei des nationalistischen Bürgertums und der Großgrundbesitzer, den größten Wähleranteil hatte sie in landwirtschaftlich geprägten Regionen. Bei den ersten Wahlen zur Sächsischen Volkskammer erreichte sie gut 14 Prozent der Wählerstimmen und stellte damit die viertstärkste Fraktion.



Sitzverteilung im 3. Sächsischen Landtag 1926



### Lagerbildung und Zersplitterung

Die DDP kooperierte in den ersten Jahren der Republik mehrfach mit der SPD, in der Regierung Gradnauer erst durch eine Tolerierung der Regierung, ab Oktober 1919 sogar in einer gemeinsamen Koalition. Aber auch die im Reich auf Ausgleich bemühte DDP positionierte sich in Sachsen immer wieder – und im Laufe der Zeit zunehmend – antisozialistisch und hob die nationalistischen Aspekte des Parteiprogramms hervor. Das hatte nicht zuletzt mit ihrem schnellen Auszeh-

rungsprozess zu tun. Für ihre Zusammenarbeit mit der SPD wurde sie von den Wählern harsch bestraft. Erreichte sie bei den Volkskammerwahlen 1919 noch fast 23 Prozent der Stimmen und konnte sie mit 22 Sitzen die zweitstärkste Fraktion stellen, so war sie 1920 auf nur noch knapp 8 Prozent der Stimmen und 8 Sitze im Parlament geschrumpft. Ein Löwenanteil ihrer Wähler wechselte wohl zur DVP, die einen Sprung von knapp 4 Prozent im Jahr 1919 auf fast 19 Prozent im Jahr 1920 schaffte. Aber auch die DNVP gewann noch einmal hinzu.

Bei den bürgerlichen und konservativen Parteien bestand von Beginn der Republik an große Besorgnis vor Arbeiterbewegung und sozialistischen Parteien. Aus ihr wurde nach 1920, mit der linken Regierung in Sachsen und ihrer offensiven Reformpolitik, Angst, nahezu Hysterie. Die Reformen vertieften die Gräben zwischen den Blöcken, brachen sie doch einerseits die überkommenen Verwaltungsstrukturen auf und setzten sie andererseits auf die konsequente »Republikanisierung« einer monarchisch-obrigkeitsstaatlichen politischen

Kultur. Die DNVP stieß schließlich ein Volksbegehren zur Auflösung des Landtags an und wurde dabei nicht nur von der DVP, sondern auch von der DDP unterstützt. Einer Auflösung durch Volksentscheid kam der Landtag dann im September 1922 durch Selbstauflösung zuvor – die folgenden Landtagswahlen erbrachten allerdings wiederum keine bürgerliche Mehrheit. Die Politik der Regierung Zeigner und die sich zuspitzende Wirtschaftskrise verschärfte die Konflikte weiter.

Das Bürgertum radikalisierte sich und fiel in den 1920er Jahren zunehmend politisch auseinander. Alle Bemühungen, eine Sammlungsbewegung zu gründen, scheiterten – aus unterschiedlichen Gründen. Bei den Landtagswahlen 1926 wurde die Zersplitterung offensichtlich: Statt fünf waren nun neun Parteien im Parlament vertreten. Neben der ASPD auf der linken Seite waren drei rechte Parteien hinzugekommen: die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung und die Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung erreichten jeweils zwei Sitze, die Wirtschaftspartei sogar zehn. In den Landtagen von 1929 und 1930 kamen

mit dem Sächsischen Landvolk, der Volksnationalen Reichsvereinigung und dem Christlich-sozialen Volksdienst (Evangelische Bewegung) weitere Splitterparteien hinzu, während DDP, DVP und DNVP weiter verloren. Somit muss das Wahljahr 1926 als der entscheidende Wendepunkt in der parlamentarischen Demokratie Sachsens angesehen werden. Die neuen Parteien waren alle Splitterparteien, die den Grundlagen der republikanischen Regierungsform ablehnend gegenüberstanden.



### Info

#### Übersicht der im Text genannten Parteien:

- ASPD = Alte Sozialdemokratische Partei Deutschlands
- CSVD = Christlich-sozialer Volksdienst
- DDP = Deutsche Demokratische Volkspartei
- DNVP = Deutschnationale Volkspartei
- DVP = Deutsche Volkspartei
- NSFB = Nationalsozialistische Freiheitsbewegung
- NSDAP = Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
- SLV = Sächsisches Landvolk
- VRP = Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung
- WP = Wirtschaftspartei (ab 1926: Reichspartei des Deutschen Mittelstandes)

## Ausstellung: Sachsensichten – Malerei und Grafik des Vereins »Schule des Sehens und Gestaltens« e.V.



Abb.: Hellmuth Herrmann, 2006

### im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags

Der Verein »Schule des Sehens und Gestaltens« mit seinen 30 aktiven Mitgliedern kann auf eine lange Vereinsgeschichte zurückblicken. Bereits im März 1948 rief die erste Generation des später gegründeten Vereins zu einer Bilderausstellung auf. Über sechs Jahrzehnte wuchs ein Zusammenhalt von Künstlern, die sich engagiert für ihren Verein einsetzen. Von Anfang an arbeitete sie auch mit ausländischen Künstlern zusammen und pflegte Freundschaften nach Polen,

vom **08.04. bis**  
zum **13.05. 2010**

Österreich und Ungarn. Zur guten Tradition ist auch eine sommerliche Malwoche mit Ausstellung im Ostseebad Ahrenshoop geworden.

Sie können die Ausstellung kostenfrei im Bürgerfoyer des Sächsischen Landtags besuchen.

Öffnungszeiten:  
Montag bis Freitag  
von 10:00 Uhr  
bis 18:00 Uhr  
Samstag und Sonntag  
von 10:00 Uhr  
bis 16:00 Uhr  
feiertags geschlossen

### Weitere Ausstellungen folgen zu diesen Themen:

#### Juni bis Juli 2010

Preissträgerarbeiten zum Schülerwettbewerb des Sächsischen Landtags zur Förderung der politischen Bildung

### Der neue Kurzführer ist da!

Der neue Kurzführer »Der Sächsische Landtag – Alles, was man wissen muss« ist erschienen. Die Broschüre beinhaltet aktuelle Informationen über den Sächsischen Landtag allgemein und seine Zusammensetzung in der 5. Wahlperiode. Als besondere Serviceleistungen sind eine City-Karte Dresden, die Sitzordnung bei Plenartagungen und eine Übersicht über die Publikationen des Landtags mit abtrennbarem Bestellschein enthalten. Sie können den Kurzführer über das Publikationsangebot des Sächsischen Landtags unter [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de) kostenfrei bestellen.



Abs.: SDV – Die Medien AG, Tharandter Straße 23–27, 01159 Dresden,  
PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

**Impressum** Herausgeber: Sächsischer Landtag | Redaktion: V. i. S. d. P.: Heiner Ridder | Redakteur: Uwe Nösner | Redaktionelle Mitarbeit: Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Kathrin Haberkorn, Hans-Peter Maier, Christin Morgenstern | Gastautoren: Claudia Creutzburg, M.A., Dr. Konstantin Hermann, Ulrike Marlow, Prof. Dr. Hans Vorländer | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö Grafik, Dresden | Druck und Vertrieb: SDV – Die Medien AG, Dresden | Redaktionsschluss: 15.03.2010



## Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

**30. bis 31.03. 2010**  
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite [www.landtag.sachsen.de](http://www.landtag.sachsen.de).

Auch die Tagesordnungen und die Wortprotokolle finden Sie in unserem Internetauftritt.

Der MDR 1 RADIO SACHSEN überträgt die Plenarsitzungen live über die Hörfrequenzen auf Mittelwelle Wilsdruff/Dresden 1044 kHz.

**Weitere Plenarsitzungen  
finden wie folgt statt:**  
28.–29.04. 2010

## Weitere Informationen

### Publikationen

Publikationen können telefonisch oder unter folgender Adresse bestellt werden:

Sächsischer Landtag  
Besucher- und  
Informationsdienst  
Bernhard-von-  
Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
Tel. 0351 493-5344  
[info@slt.sachsen.de](mailto:info@slt.sachsen.de)

### Besucherdienst

Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5342.

### Bürgerfoyer

Montag bis Freitag von  
10:00 bis 18:00 Uhr  
Samstag und Sonntag  
von 10:00 bis 16:00 Uhr

### Fraktionen

CDU-Fraktion  
Tel. 0351 493-5555  
DIE LINKE  
Tel. 0351 493-5800  
SPD-Fraktion  
Tel. 0351 493-5700  
FDP-Fraktion  
Tel. 0351 493-4700  
GRÜNE Fraktion  
Tel. 0351 493-4800  
NPD-Fraktion  
Tel. 0351 493-4900

## CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag

Öffnungszeiten:  
täglich von 11:00 Uhr  
bis 23:00 Uhr  
Tel. 0351 496-0399

### Für die Post unserer Leser:

Sächsischer Landtag  
Präsidialbüro  
Bernhard-von-  
Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden  
[info@slt.sachsen.de](mailto:info@slt.sachsen.de)

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter [www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier](http://www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier).

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlwerbenden – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig.